

Inserate werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17.
Ges. Ad. Höfle, Hofflieferant,
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ede,
Olle Nachf., in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortlicher Redakteur:
J. Hirsch in Posen.
Herausgeber: Nr. 102.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Nr. 477

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Inserate, die schattige Zeile über deren Raum
in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite
20 Pf., in der Mittagsauflage 25 Pf., an besorgter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Berantwortlich für den
Inseratentheil:
J. Klugkiss in Posen.
Herausgeber: Nr. 102.

Dienstag, 11. Juli.

1893

Die neue „wirtschaftliche Vereinigung“ im Reichstage.

Die „Lib. Korr.“ schreibt:

Nach den Sitzungen des „Bundes der Landwirthe“ haben sich alle Abgeordneten, welche mit Unterstützung des Bundes in den Reichstag gewählt worden sind, verpflichten müssen, sofort nach ihrem Eintritt im Reichstage einer „wirtschaftlichen Vereinigung“ beizutreten, welche die Aufgabe hat, „auch die Interessen der Landwirtschaftschaft gerechter Weise energisch wahrzunehmen“. In der That sind sofort nach dem Zusammentritt des Reichstags 78 Mitglieder desselben zu einer „wirtschaftlichen Vereinigung“ zusammengetreten. Sie haben Herrn v. Ploetz-Dillingen, den ersten Vorsitzenden des „Bundes der Landwirthe“, zu ihrem Vorsitzenden gewählt und eine Kommission von fünf Mitgliedern mit der Ausarbeitung der Satzungen beauftragt. Die vollständige Liste der 78 ist bisher nicht bekannt geworden. Der Fünfer-Commission aber gehört der nationalliberale Abgeordnete Enneckerus an, welchen bei der Wahl in Oldenburg I auch ein agrarischer Gegenkandidat gegenüber stand. Den auffälligen Umstand, daß Herr Enneckerus dieser wirtschaftlichen Vereinigung beigetreten ist, erklärt die „Lib. Korr.“ damit, „daß es sich darum handelt, die „wirtschaftliche Vereinigung“ zu einer wirklichen Vertretung der Interessen der gesammten produktiven Gewerbe (Landwirtschaft, Industrie und Handwerk) auszustalten.“

In welchem Sinne die Herren v. Ploetz und Gen. die Interessen der deutschen Industrie vertreten haben, ergiebt sich am klarsten aus der leidenschaftlichen Opposition, welche sie dem Abschluß eines Handelsvertrags mit Russland gemacht haben und noch machen. Die Interessen der Industrie sollen nur insoweit berücksichtigt werden, als sie mit den agrarischen Interessen nicht collidiren. Und was das Handwerk betrifft, so ist es ja zur Genüge bekannt, daß die konservative Partei im Gegensatz zu der Reichsregierung zunächst die Einführung des Besiegungsnachweises für selbständige Handwerker verlangt. Die „Ausgestaltung“ der „wirtschaftlichen Vereinigung“ zu einer wirklichen Vertretung der Interessen der gesammten produktiven Gewerbe (Landwirtschaft, Industrie und Handwerk) als Vorschlag für die Agrarier auszunutzen, die für sich allein im Reichstage nur über eine Minorität verfügen. Mit diesem erweiterten Programm hofft man, den größeren Theil des Zentrums und auch die schützöllnerischen Elemente der nationalliberalen Partei einzufangen und damit eine Vereinigung zu schaffen, welche die Mehrheit des Reichstags umfassend, die Regierung zum Verzicht auf ihre bisherige Handels- und Sozialpolitik zu zwingen im Stande ist. Es handelt sich um die Erneuerung der „freien volkswirtschaftlichen Vereinigung“ von 1878, nur mit dem Unterschied, daß die letztere, die 204 Mitglieder zählte, geschaffen wurde, um die von dem Fürsten Bismarck geplante „Revision des Zolltarifs“ in agrarisch-schützöllnerischem Sinne zu unterstützen, während die neue Vereinigung im Gegensatz zu der Politik des Grafen Caprivi ins Leben gerufen werden soll.

Dass gerade Abg. Enneckerus, dessen Beitritt zu der „wirtschaftlichen Vereinigung“ des „Bundes der Landwirthe“ den Führer der Konservativen, Frhnr. v. Mantuffel zu der Erwartung veranlaßt zu haben scheint, die nationalliberale Fraktion werde sich demnächst als eine „gemäßigte agrarische“ Partei enthalten, den ersten Schritt in dieser Richtung unternommen hat, wird allerdings seine Wähler einigermaßen überraschen. Herr Enneckerus hat nach einem Bericht der „Wes. Blg.“ am 8. Juni in einer Wählerversammlung in Oldenburg gesagt: „Eine (höhere) Branntweinstuer halte ich nicht für wünschenswert, wohl aber, daß die Differenz von 20 Pf. zwischen kontingentirtem und nichkontingentitem Spiritus, wenn möglich, ganz aufgehoben werde.“ Herr Enneckerus will die, wenn möglich, völlige Befreiung der Liebesgabe für die Branntweinbrenner und dazu verbindet er sich mit den Herren v. Ploetz u. Gen., die die Liebesgabe von 40 Millionen für ein freisinniges Märchen erklären. „Zwangssinnungen, sagte Herr Enneckerus, helfen nichts, sie beschränken und hindern nur die freie Erwerbstätigkeit und arbeiten der Großindustrie in die Hände. Man muß sich in Handwerkerkammern organisieren.“ Und dann thut er sich im Reichstage mit den Freunden der Zwangssinnungen im Interesse der produktiven Arbeit zusammen. „Förderung der produktiven Arbeit“ scheint heute ein eben solches Schlagwort werden zu sollen, wie im Jahre 1878 der „Schutz der nationalen Arbeit.“ Beiden gemeinsam aber ist die wirtschaftliche Reaktion.

Ein Engländer beim Fürsten Bismarck.

Beim Fürsten Bismarck erschien im Mai ein englischer Gast, Mr. G. W. Smalley, der dem Fürsten schon von früher her bekannt war und nunmehr von ihm aufs zukommendste aufgenommen wurde. Der Engländer hatte Gelegenheit, sich zwei Stunden lang mit dem Fürsten Bismarck zu unterhalten, wobei dieser das lebhafte Gespräch hauptsächlich selbst führte und im Verlaufe desselben eine große Reihe politischer Fragen, an denen er persönlich interessirt ist, mit der größten Offenheit erörterte. Mr. Smalley veröffentlichte nun in dem neuesten Heft der „Fortnightly Review“ einen Bericht über diesen Besuch in Friedrichsruh, der um so interessanter ist, als der englische Schriftsteller den Fürsten selbst oft redend einführt und mit seinen eigenen Worten sprechen läßt. Wir lassen aus dem Gespräch zunächst die Ausführungen Bismarcks über die zur Zeit brennendste Tagesfrage, die Militärvorlage, folgen:

„Der Fürst stürzte sich, so berichtet Mr. Smalley, alsbald nach Beginn des Gesprächs mitten in die Politik hinein. Er begann gleich über die Heeresvorlage zu sprechen und setzte seine Gründe auseinander, warum er die Vorlage an sich für schlecht hält. Die Armee bedürfe wohl zweifellos der Kräftigung, aber die Vorlage wolle dies auf dem falschen Wege bewirken, oder vielmehr, sie würde die Armee nicht kräftigen, sondern schwächen. „Man braucht nicht mehr Leute“ — fuhr Bismarck fort. „Wenn ein Krieg ausbricht, wird es zuerst vielleicht drei oder vier Schlachten zu gleicher Zeit auf verschiedenen Punkten geben. Der Ausgang dieser Schlachten kann den ganzen Feldzug entscheiden — er muß auf jeden Fall einen großen Einfluß auf die Geschichte des Krieges ausüben. Jede von ihnen wird etwa mit zweihunderttausend oder aufs höchste mit einer Viertelmillion Menschen auf jeder Seite geschlagen werden. Man kann also sozusagen für den Notfall, der wahrscheinlich der gefährlichste, wenn nicht der entscheidende Augenblick des Konfliktes sein wird, eine Million Soldaten brauchen. Mehr kann man gar nicht brauchen, ausgenommen als Reserven oder für längere Schlachten, die entweder geschlagen oder auch nicht geschlagen werden können. Aber man hat schon drei Millionen! Wo zu braucht man noch weitere Achtzigtausend?“

„Nein, was der Armee nothbt, ist mehr Artillerie. Wir gewannen unseren letzten Krieg mit Frankreich durch die Artillerie. Die beste Artillerie wird auch den nächsten Krieg gewinnen, und zwar noch gewisser. So sehr haben sich die Bedingungen der Kriegsführung geändert, daß die beste Infanterie durch sich selbst ebensoviel eine Schlacht gewinnen kann, wie es Kavallerie im Stande wäre. Aber in dieser Waffe sind wir — obwohl noch immer Frankreich gegenüber überlegen — doch nicht in demselben Maße überlegen, wie wir es 1870 waren. Die Gewissheit des Sieges hängt davon ab, daß wir nicht bloß die Überlegenheit, sondern eine beträchtliche Überlegenheit uns bewahren. Das ist's, was eine kluge Gesetzesvorlage anzustreben hätte. Aber das ist eine kluge Vorlage, noch sind die Urheber derselben klug.“

„Es ist wahr,“ fuhr er fort, „wir haben die Regierung in Preußen von 1862 bis 1866 ohne Budget und ohne Majorität geführt.“ Aber wenn er wieder im Amt wäre, würde er den Rath, den er damals dem König von Preußen gab, Sr. Kaiserlichen Majestät nicht ertheilen. Eine Politik dieser Art könne nicht nach Prädendenfällen ins Werk gesetzt werden. Mr. Smalley zitierte aus Locquevilles jüngst veröffentlichten „Soubverts“ folgenden Auspruch: „Ich habe immer bemerkt, daß in der Politik schwere Fehler daraus entstehen, daß man ein zu gutes Gedächtnis hat.“ — „Ja,“ sagte der Fürst, „bloße Nachahmung hilft da nichts. Keine zwei Situationen gleichen einander und Niemand soll sich selbst kopieren.“ Bismarck sah schon damals voraus, daß die Sozialisten von allen Parteien am meisten gekräftigt aus den Wahlen hervorgehen werden.“

Im Weiteren kam der Fürst nach heftigen Aussfällen auf die Sozialisten, Aussfälle, die beweisen, daß er in dieser Beziehung tatsächlich nichts gelernt und nichts vergessen hat, da er noch immer glaubt, die Sozialdemokraten durch Gewalt unterdrücken — oder, wie er sich ausdrückte, als Räuber und Diebe zerstören zu können — auf Gladstone, Rosebery und andere bekannte Persönlichkeiten Großbritanniens zu sprechen. Da gerüchtweise die Rede davon gewesen, daß Fürst Bismarck Amerika zu besuchen gedenke, fragte ihn Mr. Smalley danach, erhielt aber ein entschiedenes „Nein!“ zur Antwort.

Er würde zwar gerne hingeben, aber die Anstrengungen und Unbequemlichkeiten der Reise seien zu groß. „Dr. Schweninger würde mich nicht geben lassen.“ Die Chicago-Ausstellung? Nein das sei eine Verlockung für ihn. Er habe sich nie um Ausstellungen gekümmert und halte nicht einmal den Vortheil derselben für so beträchtlich. „Sie bringen dem Lande im Allgemeinen keinen Gewinn und haben weder für die Industrie noch für den Handel viel Vortheil. Das Volk, welches daraus Vortheil zieht, beschränkt sich auf jenes Volk, welches Wirthshäuser hält und Geld von den Reisenden zieht — kaum sonst nochemand.“

Mehrere Male gab Fürst Bismarck im Laufe des Gesprächs seine Ergebung in sein Schicksal unzweideutig kund. „Meine Zeit ist um“, äußerte er mit einer Geste, die mehr sagte als die Worte. Und noch bestimmter erklärte er dann: „Ich werde nicht mehr in Thätigkeit treten.“ Es kam hierauf die Einladung zu der Enthüllung des Kaiser-Wilhelm-Denkmales in Görlitz zur Sprache. Bismarck sagte:

„Ich bin noch General in der Armee, und ein General kann sich ohne Befehl dem Kaiser, der sein Höchstkommandierender ist, nicht vorstellen.“ Er selbst wünschte auch eine Zukunft am menkunft gar nicht. Sie würde ihn in eine peinliche Lage versetzen und hätte zu schweren Konsequenzen führen können. „Als Offizier, als Edelmann hätte ich die mir zur Verhöhnung entgegengestrecte Hand unter solchen Umständen nicht zurückweisen können, und das ist, daß es als Verhöhnung oder als das Anerbieten einer Verhöhnung der Öffentlichkeit erschienen wäre.“

Mr. Smalley brachte den ganzen Tag in Friedrichsruh zu und war gegen Abend Zeuge, wie Fürst Bismarck auf der Terrasse des Schlosses die Kinder einer Hamburger Schule empfing, ihren Liedervorträgen zuhörte und zum Schlusse eine Ansprache an die Kleinen hielt. Der Engländer fasst den Eindruck, den er durch den Besuch empfangen hat, in den Schlussworten zusammen:

„Während aller unserer Gespräche verriet kein Wort, kein Blick von seiner Seite, daß er sich berechtigt fühle zu dem Anspruch auf die Thellnahme der Welt. (?) Es müßte ein kühner Mann sein, der dies dem Eisernen Kanzler anzubieten wagte. Denn vor Eisen ist der alte Kanzler noch immer.“

Fürst Bismarck als Partikularist.

Nach längerer Pause hat der Altreichskanzler wieder einmal eine politische Rede gehalten, die nicht verfehlt wird, Aufsehen zu erregen. Am Sonnabend Mittag trafen 350 Lippe-Detmolder mit einem Zug in Friedrichsruh ein, um dem Fürsten Bismarck ihre Huldigung darzubringen. Der Fürst und die Fürstin, welche sich beide von ihrem Unwohlsein wieder völlig erholt zu haben schienen, nahmen die Huldigung, auf dem Balkon stehend, entgegen. Auf eine Ansprache des Gutsbesitzers Busse, die mit einem Hoch auf Bismarck schloß, erwiderte dieser in einer halbstündigen Rede, welche nach den „Hamb. Nachr.“ wie folgt lautet:

„Meine Herren, ich danken Ihnen von Herzen für Ihre Begeisterung, die vom Herzen kommt, und dafür, daß Sie den weitaus beständigen und besten Weg nicht gesucht haben, um mir Ihre Gefühle persönlich zum Ausdruck zu bringen, umso mehr als Ihr Gruß von der Stelle kommt, welche die älteste Metallstätte der deutsch-nationalen Entwicklung ist gegenüber der Fremdherrschaft — der Fremdherrschaft, ich möchte damit sagen nicht nur der äußerer Eroberung, sondern auch der Herrschaft des inneren nationalen Lebens. Dieser ist damals ein fester Damm entgegengesetzt und das Land bis an den Rhein gefärbt worden nicht allein von den ausländischen Brüderchen, sondern auch deutsche Geschichtsstudium, der wird finden, wie gerade das Eindringen römischen Wesens in das Familienleben, das Eindringen römischen Rechts in private Verhältnisse, unsere Vorfahren so erblitten hatte, daß sie einig wurden, wozu schon damals viel gehörte, und die römische Bürokratie zum Ende hinauswarfen.“

Es ist mir eine besondere Genugthuung, daß Sie von dort gekommen sind, wo dies geschah. Die Gelehrten streiten ja über den Platz, aber die Volksmeinung ist darüber einig, daß es der Teutoburger Wald war. Einer Ihrer Landsleute hat mir vor einigen Monaten einen recht schweren Brief von da hergeschickt, einen Fels von der Grotenburg. Dementsprechend fasse ich Ihre Begeisterung auf als von den dortigen Metallstätten des Teutoburger Waldes kommend, aus einem stets ungern gebliebenen Gebiete Deutschlands.

Das Fürstenthum Lippe gehört ja zu den kleinen Bundesstaaten des Reiches, aber ich möchte Sie doch bitten, die Thatsache seiner Zugehörigkeit, seiner Stellung zum Reihe ebenso wenig zu unterschätzen, als ich die Stellung der Kleinstaaten und ihren Nutzen für den nationalen Gedanken unterschätzt habe. Ich kann meinen Gedanken dahin ausdrücken, daß zwischen wenigen mittelgroßen Staaten schwerer als bei den 25 jetzt bestehenden, unter denen 17, 18 von der Größe sind, daß sie nur eine Stimme im Bundesrat haben, Einigkeit zu erreichen und zu behaupten sein würde. Sie bilden gewissermaßen den Mörtel zwischen den Quadranten; hätten wir nur Staaten von der Größe wie Sachsen und Bayern, so würde die heutige Verfassung schwerer anzuwenden sein.

Ich weiß nicht, ob Sie in Ihrem Lande sich die Privilegien, welche die Reichsverfassung gerade den kleineren Staaten verleiht, vergegenwärtigt haben; wenn nicht, so erwarte ich es von der Zukunft. Es wäre ein großes Privilegium, wenn Ihr Fürst einen Reichstagsabgeordneten zu entsenden hätte. Er hat aber, was als viel schwierigste zu veranschlagen ist, ein Mitglied zum Bundesrat zu ernennen. Dies ist der 58. Theil der Gesetzgebung, während die Ernennung eines Reichstagsabgeordneten nur den 397. Anteil an der Gesetzgebungskommission hat. Außerdem steht den Bundesratsmitgliedern das Recht zu, im Reichstage jederzeit in jeder Sache das Wort zu ergreifen, ohne daß der Reichstagspräsident es hindern könnte, und selbst wenn das Bundesratsmitglied für eine Sache spricht, die im Bundesrat in der Minorität geblieben ist. Dem Bundesrat ist die Möglichkeit der Mitwirkung im nationalen Leben gegeben, und es hat mir eine Enttäuschung bereitet, daß von diesem Rechte bisher nicht mehr Gebrauch gemacht worden ist. Wie die Verfassung in ihren Grundzügen angelegt wurde, hatte ich mir gedacht, daß die Bundesbewohner auch im Reichstage mehr sprechen würden, und daß jeder Staat von den Intelligenzen, die er zur Verfügung hat, abgesegnen von denjenigen, welche in seinen ministeriellen Amtern sind, auch im Reichstag Gebrauch machen würde. Ich dachte mir außerdem, daß die Landtage der einzelnen Staaten sich an der Reichspolitik

lebhafter, als bisher geschehen, betheiligen würden, daß die Reichspolitik auch der Kritik der partikularistischen Landtage unterzogen werden würde. Dafür weiß ich bisher kein Beispiel; nichtsdestoweniger bin ich mit dieser Meinung im verfassungsmäßigen Rechte. Ich hatte mir bei der Aufführung der Verfassung ein reicheres Orchester der Mitwirkung in den nationalen Dingen gedacht, als es sich bisher behäuft hat, weil die Neigung zur Mitwirkung in den einzelnen Staaten nicht in dem Maße, wie vorausgesetzt worden, vorhanden war.

Denken Sie, daß die nationalen Interessen nicht nur in unserm Bundesrat und im Reichstage diskutirt, sondern auch in den einzelnen Landtagen vertreten und besprochen würden: würde die Thellnahme dafür nicht lebhafter werden? Ich fürchte, es zeigt nicht einen Fortschritt, sondern eine Rückentwicklung, wenn die große Zahl der Landtage, die zur Mitarbeit bereit waren, von diesen ihren Mitteln keinen Gebrauch macht und sich keine Geltung verschafft; in Folge dessen durchdringt das nationale Gefühl nicht alle Voren, alle Übern in dem Maße, wie ich gehofft hatte, und wie es wünschenswerth wäre und in Zukunft der Fall sein möge. Das Blut konzentriert sich jetzt in Kopf und Herz, in Bundesrat und Reichstag. Wenn der Bundesrat öffentlich in seinen Sitzungen wäre, so würde er wirklich mehr sein. Wenn die Abgeordneten für den Bundesrat danach ausgeschickt würden, daß man Gewissheit hätte darüber, daß sie auch im Reichstag sprechen würden, so wäre es besser. In der Welt, wo die Verfassung entstand, pulsirte das nationale Leben so stark, daß Jeder, der auch nur einen Zipfel davon erfahrt, sich der Strömung hingab. Ich kann nicht sagen, daß die Hoffnung, dies würde andauern, sich bestätigt hat. Es ist eine alte deutsche Regelung zu warten, daß Andere das machen möchten, wobei man selbst Hand anlegen sollte.

Ich hoffe auf andere Seiten, wo das nationale Gefühl wieder stärker sein und man zum Nachdenken darüber kommen wird, welche Mittel wir haben, es lebendig zu erhalten.

Solche Mittel sind zunächst in der Institution der Landtage, dann in der des Bundesrats vorhanden. Der Bundesrat hat in seinen Beschlüssen eine amtliche Gültigkeit, aber in der öffentlichen Meinung hat er nicht die Bedeutung erreicht, wie ich es mir gedacht hatte. Es kann ihm auf die Weise ergehen, wie dem preußischen Herrenhause, welches auch aus Mangel an intelligenter und bewährbarer Thätigkeit nicht die Autorität hat, die ein Oberhaus haben sollte. Und Gott möge verhindern, daß der obere Faktor unserer Gesetzgebung, der Bundesrat, in der öffentlichen Meinung Deutschlands die Gleichberechtigung mit dem Reichstage verliere.

Ich bin da, wie es einem natürlich ergehen wird, der zehn Lebenspolitis getrieben hat, und der nichts zu thun hat, als über die Vergangenheit nachzudenken, in eine weltläufige Erörterung gekommen, von der ich hoffe, daß sie Ihnen nicht ohne Interesse war, und die dazu beitragen möge, daß, wenn Sie nach Hause kommen, Sie dafür wirken werden, daß die Beteiligung an der Reichspolitik auch in der Diaspora der Landtage lebhafter werden wird.

Es ist ein Irrthum, wenn Staatsrechtslehrer behaupten, die Landtage seien dazu nicht berechtigt; sie sind immer befugt, das Auftreten ihrer Minister in Bezug auf die Reichspolitik vor ihr Forum zu ziehen und ihre Wünsche den Ministern und zu thun. Ich halte es für eine ungesehene Tendenz, einen Mangel an Verständnis des deutsch-nationalen Lebens, wenn viele unserer Staatsrechtslehrer — Theoretiker, keine Praktiker — es für einen Gewinn erklären, wenn die Zahl der Kleinstaaten sich verringere, und ich bin bemüht, diesem zu widerstreiten, wo ich kann. Gerade die Zahl der Stimmen im Bundesrat sollte nicht verringert werden. Würde sie das, so lämen wir wieder in die Gefahr, welche ich von Anfang an zu befürchten gehabt habe, nämlich die, an Stelle des deutsch-nationalen Reiches ein Großpreußen zu bekommen. Es giebt Viele, die gern deutsche Reichsangehörige sein wollen, aber nicht Preußen, und ich habe immer gefürchtet, daß sich das Reich nach der großpreußischen Seite hin entwideln würde.

Die Bundesstaaten, die nur je eine Stimme im Bundesrat haben, sind 17, und wenn ich die Hansestädte, die im Vergleich zu den anderen eigenartig sind, abziehe, so sind es 14. Und 14 Stimmen im Bundesrat sind eine gewichtige Stimmenzahl, wenn sie sich zusammenhalten. 14 Stimmen zu den preußischen geben Preußen immer die Majorität; die übrigen nach Abzug der preußischen betragen 24. Der Bundesrat ist also gewissermaßen in drei Kategorien geteilt, erstens in die kleinen Staaten mit je 1 Stimme, Preußen mit 17 Stimmen und die Mittelstaaten mit 24 Stimmen. Welches Gewicht liegt also in den kleinen Staaten, und ich wundere mich, daß sich in Ihnen kein Politiker fand, der sich dasselbe zu Nutzen gemacht hätte.

Alles, was ich Ihnen eben vortrage, ist, wenn Sie wollen, ein Kriegelied darüber, daß der nationale Gedanke in den Landtagen und Einzel-Regierungen nicht derart geäußert hat, wie ich vor zwanzig oder fünfzig Jahren gehofft hatte, und ich bin leider körperlich nicht mehr kräftig genug, um im Reichstage aufzutreten. Ich könnte dort wohl einmal eine Rede halten, aber die Gesamtheit der Leistungen, die für mich mit einem Mandat verknüpft sein würden, bin ich nicht mehr im Stande, körperlich durchzuführen. Deshalb entschuldigen Sie mich, wenn ich bei diesem politischen Anlaß, der Ihre Begrüßung doch in diese meine Klagedieder Ihnen vortrage. (Lebhaftes Bravo.) Aber ich hoffe, es wird mit der Zeit anders werden, und es werden die Bureaucraten, welche Herrmann im Teutoburger Wald erschlug, die "Prokurator", wie sie damals genannt wurden, nicht wieder die Alleinherrscher werden. Nur Zeit besteht noch die Gefahr, daß sie, in unblutiger aber erstickender Weise, die Herrschaft wieder über uns gewinnen werden, und daß die Errungenheiten des Schwertes, ich will nicht sagen, durch die Feder der Diplomaten, aber doch durch Bureaucraten, Beamtenherrschaft und das träge Buschauen in Erwartung, daß Andere das Nötige schon thun werden, zu Grunde gehen. „Die Regierung wird es schon machen!“ Wer ist denn die Regierung? Ja, wenn die Fürsten es selbst bejören könnten, sie sind alle wohlwollende Herren, aber sie sind nothwendiger Weise angewiesen auf ihre Beamten, ihre Minister, Vortragenden und Geheimen Räthe.

Meine Befürchtung und Sorge für die Zukunft ist die, daß das nationale Bewußtsein erst jetzt wird in den Umstüttungen der Boa constrictor der Bureaucratie, die in den letzten Jahren teilende Fortschritte gemacht hat. Hier können nur Bundesrat und Reichstag helfen; auch Erster hat das Recht, sich geltend zu machen. Wenn die staatsmännische Einsicht der Bureaucratie nicht ausreicht, so ist gerade den Bundesratsmitgliedern und dem Parlament Gelegenheit gegeben, ihr zu Hilfe zu kommen, so daß die Intelligenzen im Bundesrat und Reichstag zusammenwirken.

Ich wiederhole, daß ich nicht auf das Reden im Bundesrat, sondern auf das Recht der Bundesratsmitglieder, im Reichstage jederzeit das Wort zu erhalten, das Hauptvergeltung lege. Ich meinerweise bin zu alt und zu matt, um ins Gefecht zu gehen. Nehmen Sie aber an, daß das nicht der Fall wäre, daß ich als Bundesratsgesandter eines der deutschen Fürsten, sei es des Prinzen, in Berlin wäre, und ich spreche meine Überzeugung auch dann im Bundesrat und Reichstag aus, wenn sie

nicht im Einklang mit der Majorität des Bundesrates stände. Würde das nicht einen Eindruck machen, weil es von einer Persönlichkeit ausgehe, die bekannt und deren Vorlesung bekannt ist? Solche Persönlichkeiten sind aber doch nicht ausgestorben, und es wäre auf diesem Wege auch für die Regierungen der kleineren Staaten die Möglichkeit gegeben, den gravaminibus öffentlichen Ausdruck zu geben, welche amtlich keine Verübungsfähigung gefunden haben.

Die Ergebnisse all dieser Betrachtungen resumire ich dahin: Gott erhalte uns die Reichsverfassung, wie sie besteht, und Gott erhalte uns die Zahl der Bundesregierungen, die den Bundesrat bilden, damit dieser dem Reichstag als vollständig, ebenbürtiger und gleichberechtigter Coefficient unserer Gesetzgebung stets zur Seite steht.

Dazu ist nothwendig, daß Gott auch das Haus ihres Fürsten erhalten, und ich bitte Sie, mit mir dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß er Seiner Durchlaucht dem Fürsten Bismarck ein langes und gesundes Leben verleihen möge.

Seine Durchlaucht Fürst Bismarck lebe hoch!"

Wie man sieht, hat der Fürst von seiner Oppositionslust gegen die jetzige Regierung noch nichts eingeholt; nur fehlt diesmal jede Anspruch auf das Staatsoberhaupt, die sich in früheren Ausschreibungen häufig fand. Dagegen erhalten die Bureaucraten wieder ihren vollen Theil. Schade nur, daß der Altreichskanzler so spät zur Erkenntnis von der Schädlichkeit eines übergroßen Bureaucratismus gekommen ist. Trägt doch Niemand an der Ausbildung derselben eine so große Mitschuld, wie gerade Fürst Bismarck. Ganz neu ist die offene Entfernung der partikularistischen Fähne, die Aufforderung an die Kleinstaaten, sich nicht vom „Großpreußen“ unterkriegen zu lassen. Es ist ein eigenartiges Schauspiel, diese Mahnung von einem Mann ausgehen zu sehen, der Preußen seinen mächtigen Einfluß in Reich und Bundesrat geschaffen hat. Welche Gefühle mögen wohl diejenigen Bundesratsmitglieder aus den Kleinstaaten besitzen, welche die starke Hand des preußischen Ministerpräsidenten und Reichskanzlers Fürsten Bismarck mehr, als ihnen lieb gewesen sein mag, gespürt haben? Eine eigene Ironie ist es auch, meint die „Germania“, daß die jetzige Aufforderung an die Angehörigen eines Landes ergangen ist, von dessen Fürst das bekannte Wort stammt: „Hier heißt Bismarck nix to seggen.“

Deutschland.

Berlin, 10. Juli. In Finanzkreisen wird die Möglichkeit einer kontingentären Börsensteuer eifrig erörtert. Wir sind in der Lage, mitzuheilen, daß eine Kontingentirung der Börsensteuer allerdings zu denjenigen Erwägungen gehört, nach welchen die Börsen stärker zur Deckung der Militärlasten herangezogen werden sollen. Aber die kontingentirte Steuer ist einstweilen nur eine neben manchen anderen Möglichkeiten, und es spricht durchaus nichts dafür, daß sie kommen wird, freilich auch nichts dagegen. In den beteiligten Regierungskreisen, denen die Ausarbeitung von Entwürfen obliegt, wird darauf verwiesen, daß sich hervorragende Bankiers sympathisch über die Kontingentirung als diejenige Form einer Börsensteuer ausgesprochen haben, bei der die Börse am wenigsten durch fiskalische Eindringen in die Privatverhältnisse belästigt werden würde.

Berlin, 10. Juli. Ueber den Stand der russischen Handelsvertrags-Verhandlungen erfahren wir, daß auf das russische Angebot der Herausforderung von Unterhändlern zustimmend geantwortet worden ist. Gleichzeitig ist der russischen Regierung wiederholt mitgetheilt worden, in welchen Punkten diejenigen Börsensteuer beansprucht werden müßten. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß diese Punkte ein starkes Durchbrechen des russischen sogenannten Minimaltariffs bedeuten. Eine Antwort aus Petersburg ist noch nicht eingetroffen. Wenn die Neigung der leitenden russischen Persönlichkeiten, mit uns zum Abschluß zu kommen, auch nicht hoch eingeschätzt wird, so eröffnet der Umstand, daß Russland sich diesmal einer guten Ernte zu erfreuen haben wird, immerhin etwas gebesserte Aussichten. Russland würde eine faktische Absperrung des Hauptabsatzgebietes für sein Getreide mit Einbrüchen zu bezahlen haben, die es den dortigen Staatsmännern doch ratsam erscheinen lassen möchten, sich durch entsprechende Börsensteuer unserm Markt auch fernherin zu sichern.

Ueber den Empfang des Reichstagspräsidentiums beim Kaiserpaare berichten Berliner Blätter ausführlicher wie folgt:

Das Präsidium des Reichstags, die Herren von Lebeckow, Frhr. von Buol-Berenberg und Dr. Bürkl, wurde Sonntag Mittag 12 Uhr vom Kaiser im Neuen Palais in Potsdam in besonderer Audienz empfangen. Der Kaiser sah frisch und wohl aus und begrüßte die Herren im Garten, aus einem Pavillon herausstretend. Vor der Thür des Pavillons, im Freien, stand ein Tisch mit Schriftstücken und Befehlen bedeckt, an dem der Kaiser vorher gearbeitet hatte. Der Monarch gab seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß Herr v. Lebeckow wieder an die Spitze des Reichstags berufen sei und erkläre sich sodann nach den persönlichen und Heimathverhältnissen der beiden Vicepräsidenten. Des weiteren kam der Kaiser auf die Aufgabe zu sprechen, die zu lösen der Reichstag berufen worden sei. Er wies auf die militärischen Verstärkungen hin, die in den Nachbarreichen erfolgt seien. Zur Aufrechterhaltung des Friedens sei es nothwendig, daß wir gleichen Schritt halten und unsere wirtschaftlichen Verhältnisse erforderlich die Verübung, die allein die Annahme der Militärvorlage bieten würde. Der Kaiser betonte, wie schnell in Frankreich das Kriegsgesetz alle Städte durchlaufen habe, wie dort militärische Forderungen gegenüber sich niemals eine Opposition geltend mache. Nach mehrfachen historischen Exkursen berührte der Kaiser auch die Frage der Kutternthal. Was möglich sei, müsse durch die Reichs- und Staatsbehörden geschehen, um zu helfen und schlimmeren Folgen vorzuzeigen. Der Kaiser äußerte schließlich die Hoffnung, daß der Reichstag seine Berathungen schnell zum Abschluß bringe, damit bei der vorgeschrittenen Jahreszeit auch den Parlamentarier bald die erwünschte Erholung zutheile werde. Er selbst werde vor Erledigung der Militärvorlage keine Reise antreten. Die Unterredung dauerte etwa eine Stunde. Der Kaiser — in der Husarenuniform, weißes Bekleid, die Bärenmütze auf dem Haupt — stand während der ganzen Zeit und verabschiedete die Herren mit freundlichem Handshake. Unmittelbar darauf wurden sie von der Kaiserin empfangen, die sich — es war am Sonntag der Geburtstag des Großherzogs von Baden — besonders mit den beiden Bizepräsidenten über ihre engere Heimat und die großherzogliche Familie unterhielt. Die Herren waren zur Audienz von der Wildparlottation durch königliche Hofwagen abgeholt worden und wurden ebenso wieder nach dem Bahnhofe in Potsdam zurückgeföhrt.

Ein nicht uninteressantes Urtheil über die voraussichtlichen Wirkungen der Annahme der Militärvorlage finden wir in dem Hamburger „Kurier“, dem Organ der reisenden Schaufsteller und Handelsleute, Arzisten u. s. Das Blatt sagt u. A.:

Alles dreht sich um den Kernpunkt, Mehrheit oder Minderheit für die Militärvorlage, und so lange das Volk nicht zur Ruhe kommt, werden die Notshölzer unserer Geschäftibranche nicht aufhören. Für den Schaufstellerstand dürfte allerdings die Annahme der Militärvorlage von weiterer nachtheiliger Wirkung sein, der Chauvinismus Frankreichs, Russlands und einiger anderer Länder erhält dadurch neue Nahrung und verschließt dem Schaufsteller, trotz seiner Internationalität, diese Länder gänzlich, oder macht es ihm unmöglich, mit Eingeborenen des Landes zusammen zu leben. Schon seit Monaten hört man Klagen über Klagen über den faulen Geschäftsgang, wohl ½ aller Berufsgenossen haben unter der Unlust der Zeit zu leiden und noch ist das Ende der Misere nicht zu erreichen und Behörden sowie Privatgesellschaften wollen der Zeit und Gegenwart keine Rechnung tragen.

Nach dem offiziellen Fraktionsverzeichniss zählen die Deutschkonservativen 68 Mitglieder, Reichspartei 27, deutsche Reformpartei 10, Centrum 99, Völker 19, Nationalliberalen 52, Frei. Vereinigung 13, Frei. Volkspartei 22, Süddeutsche Volkspartei 11, Sozialdemokraten 43, bei keiner Fraktion 28.

„So kann es nicht weitergehen“, schrieb neulich die „Kreuz-Ztg.“ anläßlich der Gerüchte, daß der Direktor im Reichstag des Innern, Nieberding, zum Staatssekretär im Reichstag ernannt werden solle. Es geht aber doch so weiter. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht, wie schon gemeldet, die Ernennung Nieberdings „unter Verleihung des Charakters als Willk. Rath mit dem Prädikat Excelenz“.

Keine Vernachlässigung der Kulturaufgaben tritt in Deutschland in Folge der gestiegenen Ausgaben für Heer und Marine ein, verdeckte bekanntlich Finanzminister Michael Ende Mai zu Frankfurt. Dem gegenüber, schreibt die „Germania“, ist der Bericht Virchows über die Angelegenheit eines Neubaues des pathologischen Instituts in Berlin besonders interessant. Rudolf Virchow, der Direktor des pathologischen Instituts, hebt hervor, daß die Frage der Errichtung eines Neubaues zwar durch verschiedene Phasen hindurchgegangen, aber noch immer nicht zum Abschluß gekommen sei. Inzwischen habe sich wenigstens die Aufmerksamkeit auf einen geeigneten Bauplatz gerichtet. Der Verfall des alten Instituts macht sich täglich Fortschritte. Die Stützbalken, welche vor zwei Jahren gesetzt worden sind, sangen an zu bersten. Das Dach wird mehr und mehr undicht. Auch in dem neuen bakteriologischen Bau senkt sich der Boden. Die Unzulänglichkeit der Räumlichkeiten wird mit jedem Jahre mehr fühlbar. — In Bonn Wäschemangel für Kranken, weil keine Mittel zu Gebote stehen, in Berlin kein Geld für den nothwendigen Neubau eines der Wissenshaft dienenden Gebäudes!

Aus dem Gerichtsaal.

Bromberg, 9. Juli. In der Sonnabend-Sitzung des Schwurgerichts wurde eine Anklagesache wegen Unterlassung und Meinedes gegen den Hotelbesitzer Kasimir v. Pokrywnicki aus Deutsch-Krone verhandelt. Derselbe war mehrere Jahre hindurch Buchhalter und Geschäftsführer in der hiesigen Brauerei und genoss als solcher das umschränkte Vertrauen seines Brinzwalls, bis vor circa zwei Jahren Unregelmäßigkeiten in den Büchern, welche auf Unterlassungen hinweisen, bemerkt wurden. v. P. gab diese Unregelmäßigkeiten zu, verpflichtete sich jedoch die untergeschlagene Summe zu erzeigen und stellte Wechsel auf Höhe derselben aus. Vor dem Verfalltag des ersten Wechsels lagte derselbe gegen den Brauereibesitzer L. seinen früheren Brinzwall, auf Herausgabe der von ihm — dem v. P. — ausgestellten Wechsel, nachdem er inzwischen ein Hotel in Deutsch-Krone kauft und die von ihm ausgestellten Wechsel von ihm erpreist worden wären. Die Befreiung, um die es sich handelt, seien nicht in seinem Nutzen verwandt worden bzw. will er dieselben nicht in seine Tasche gesteckt haben. Es habe ihm sein Brinzwall selbst Geld aus der Kasse genommen. Um nun keinen Anger zu machen, habe er — der v. P. — die Fälschungen in den Büchern vorgenommen. Ueber diese Behauptungen wurde ihm in dem Zivilprozeß der Eid zugeschoben, den er dahin ableiste, daß es nicht wahr sei, daß er Geld unterschlagen bzw. in seine Tasche gesteckt hätte. Jetzt nahm sich aber die Staatsanwaltshaft der Sache an, zumal sich inzwischen weitere Defekte herausgestellt hatten. Die ermittelten und von dem v. P. unterschlagenen Beträge beliefern sich, soweit sich dies überhaupt feststellen lässt, auf zusammen 3312 Mark und stellten sich aus Summen von 50 M., 173 M., 324 M., 500 M., 200 M., 380 M., 780 M., 300 M. und 500 M. zusammen. v. P. wurde nunmehr verhaftet und die Untersuchung wegen Unterlassung in neue Fällen und wegen Meinedes gegen ihn eingeleitet. In dem gestrigen Termine gab der Angeklagte zu, diese Fälschungen in den Büchern zur Verdeckung der fehlenden Summen vorgenommen zu haben, bestritt jedoch, die Gelder in seinem Nutzen verwandt zu haben. Zu der Kasse habe auch sein Brinzwall einen Schlüssel gehabt und es sei sehr wohl möglich, daß das Geld, welches ihm gefehlt habe, durch fremde Personen aus der Kasse entnommen worden sei. Als er aus seiner Stellung bei L. entlassen war, habe er sein Geld gehabt. Zum Anlaß des Hotels in D.-Krone haben ihm gute Freunde, namentlich der Kaufmann und Restaurateur Wegner und der Kaufmann Bandelow hier die nötigen Gelddmittel gewährt. Der von ihm nach dieser Richtung hin geführte Beweis gelingt, denn die hierüber vernommenen Zeugen bestätigen diese Angaben. Dagegen ist der Angeklagte außer Stande irgend einen Beweis dafür zu erbringen, daß andere Personen, ohne sein Wissen und Willen Geld aus der Kasse entnommen hätten; denn der von ihm hierüber erbrachte Beweis mischlang vollständig. Der Staatsanwalt hielt denn auch die Anklage aufrecht und beantragte das Schuldig wegen Unterlassung und Meinedes. Die Vertheidigung, geführt von dem Rechtsanwalt Binkowski, plauderte für die Unschuld des Angeklagten, diese muß denn auch die Mehrzahl der Geschworenen angenommen haben; denn das Verdict lautete bei allen Schuldfragen auf „Nichtschuldig“ und der Angeklagte wurde in Folge dessen freigesprochen. — Der Sitzung wohnte auch der Oberstaatsanwalt Müller aus Bozen bei, welcher seit Freitag zur Revision der hiesigen Staatsanwaltshaft und des Justizgefängnisses weilt. Mit dieser Verhandlung, welche bis Abends 10 Uhr währt, hatte die dritte diesjährige Schwurgerichtsperiode ihr Ende erreicht.

